

Schweiz

«Ohne Sofortmassnahmen wird Ecopop angenommen»

Der Schaffhauser Ständerat Thomas Minder hält nichts vom Plan der SVP, der Ecopop-Initiative die Zuwanderungsinitiative gegenüberzustellen. Deshalb lanciert er einen eigenen Gegenvorschlag.

Mit Thomas Minder sprach Raphaela Birrer

Sie setzen sich für die SVP-Initiative ein und haben Sympathien für das Anliegen von Ecopop. Nun schlägt Christoph Blocher vor, Letzterem die Umsetzung der Zuwanderungsinitiative gegenüberzustellen. Was halten Sie davon?

Unabhängig vom Vorschlag Blochers werde ich in der nächsten Sitzung der Staatspolitischen Kommission einen Antrag auf einen indirekten Gegenvorschlag zur Ecopop-Initiative einreichen. Stellen wir dem Anliegen nichts gegenüber, wird

Dossier: Die Zuwanderungsdebatte
www.zuwanderung.tagesanzeiger.ch

es mit grosser Wahrscheinlichkeit vom Volk angenommen. Weil ihm nicht das SVP-Label anhaftet, dürfte die Zustimmung sogar noch grösser sein. Im Abstimmungskampf um die SVP-Initiative war die Frage nach der Höhe der Zuwanderung zentral. Ecopop liefert die Antwort darauf: Sie darf im dreijährigen Schnitt höchstens 0,2 Prozent zunehmen. Damit kämen Ingenieure oder Ärzte weiterhin in die Schweiz.

Ist Ihr indirekter Gegenvorschlag identisch mit Blochers Idee? Plädieren Sie auch dafür,

das Umsetzungsgesetz der SVP-Initiative dafür zu verwenden?

Nein, sicher nicht. Ich teile zwar die Meinung, dass wir einen indirekten Gegenvorschlag zur Ecopop-Initiative brauchen. Aber da einfach den Text der Zuwanderungsinitiative hineinzupacken, erachte ich nicht als sinnvoll.

Was gehört denn Ihrer Meinung nach hinein?

Sofortmassnahmen zur Eindämmung der Zuwanderung. Denn wenn wir nicht möglichst rasch entsprechende Vorschläge auf dem Tisch haben, werden sich Politiker und die Verwaltung in Bern nach der Abstimmung zur Ecopop-Initiative wieder beklagen. Das Volk zeigt bei diesem Thema nämlich mehr Weitsicht - das hat der letzte Sonntag gezeigt.

Welche Sofortmassnahmen schlagen Sie vor?

In den Gegenvorschlag gehören Lösungen für all jene Probleme, die in der Debatte zur SVP-Initiative thematisiert wurden: Regelungen für den Familiennachzug und für Grenzgänger sowie Massnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit. Zudem ist ein Inländervorrang bei der Stellenvergabe zentral. Ausländische Arbeitskräfte sollen nur rekrutiert werden, wenn im entsprechenden Sektor keine Einheimischen auf Stellensuche sind. Bis jetzt hat kein einziger Bundesrat von Sofortmassnahmen gesprochen. Dabei könnten wir beispielsweise den Familiennachzug bei Angehörigen von Drittstaaten rasch herunterfahren. Die



Thomas Minder rechnet mit einem «Hickhack zwischen den Räten». Foto: Esther Michel

Zuwanderungsinitiative

Barroso lehnt Vorschlag ab

EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso hat sich gestern in London scharf gegen ein Zweiklassensystem für Arbeitskräfte aus EU-Ländern gewandt. Es gehe nicht an, «dass nur noch Hochqualifizierte in der Lage sind, sich frei zu bewegen und überall zu arbeiten, während Niedrigqualifizierte das nicht können». Eine solche «soziale Schichtung» von Europäern würde gegen alle Prinzipien der Fairness verstossen und eine klare Diskriminierung darstellen. Barroso spielte damit auf den SVP-Vorschlag an, bei der Zuwanderung künftig Nieder- und Hochqualifizierte zu unterscheiden und den Familiennachzug Niedrigqualifizierter zu drosseln. Die meisten Menschen in Europa, meinte Barroso, betrachteten Freizügigkeit als «eine der grössten Errungenschaften Europas», als

«Fortschritt menschlicher Zivilisation» sogar. Das Grundprinzip der Personenfreizügigkeit sei «unverhandelbar». Es sei unlöslich mit den anderen Freiheiten des gemeinsamen Marktes verbunden.

Befragt zum Schweizer Volksentscheid, sagte Barroso, selbstverständlich respektiere er eine demokratische Entscheidung. Es sei aber nicht fair, «unseren Schweizer Freunden» das Privileg vollkommen freien Zugangs zur EU einzuräumen, wenn die Schweiz dieses Privileg EU-Bürgern nicht gewähre. «Keinem Land in der Welt» habe die EU so viele Privilegien eingeräumt wie der Schweiz. Er sei «zuversichtlich», dass sich eine Lösung finden lasse. Der Volksentscheid habe aber erst einmal «ernste Konsequenzen».

Peter Nonnenmacher, London

Lex USA kam schliesslich auch per Notrecht in die Räte. Doch Burkhalters Ankündigungen verheissen nichts Gutes.

Warum?

Der Aussenminister will bis Juni ein Umsetzungskonzept und bis Ende 2014 einen Gesetzesentwurf zur SVP-Initiative vorlegen. Vor diesem Zeitplan graut mir. Der Initiativtext verlangt nach einer Umsetzung innerhalb von drei Jahren. Wie soll das gelingen, wenn erst nach einem Jahr ein Gesetzesentwurf vorliegt? Der Bundesrat hat nicht begriffen, dass er jetzt aufs Tempo drücken muss.

Christoph Blocher sagt, bei der Zuwanderung eine konkrete Zahl festzulegen, sei zu starr. Würden Ihre Sofortmassnahmen Zahlen beinhalten?

Ich werde meinen Antrag offen einreichen. Darin werde ich die Elemente aufzuführen, die ein indirekter Gegenvorschlag enthalten sollte. Aber ich werde keine konkreten Zahlen nennen.

Sie sagten nach der Abstimmung, Sie fänden die Ecopop-Initiative fast besser als die SVP-Initiative. Würden Sie sich für das Anliegen engagieren, wenn sich das Parlament auf keinen Gegenvorschlag einigen könnte?

Das kann ich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht sagen. Aber grundsätzlich ist die Idee, einen Deckel für die Zuwanderung vorzusehen, bestechend.

Ecopop will zehn Prozent der Entwicklungshilfe in die «Förderung der freiwilligen Familienplanung» investieren. Die Initiative würde nur zurückgezogen, wenn ein Gegenvorschlag den Aspekt enthält. Was planen Sie in dieser Hinsicht?

Es wäre nicht geschickt, wenn das Komitee bereits einen Rückzug in Betracht ziehen würde: Eine Initiative darf nie zurückgezogen werden, solange kein von den Räten abgesegneter Gegenentwurf vorhanden ist. Grundsätzlich ist es wünschenswert, bei zehn Prozent der milliardenteuren Entwicklungshilfe mitreden zu können. Doch als Parlamentarier muss ich noch keine fixfertige Idee liefern, wie dieser Aspekt in den Gegenvorschlag einbezogen werden soll. Wenn die Staatspolitische Kommission meinen Vorschlag gutheisst, gibt es in der Verwaltung ausreichend Mitarbeiter, die ein Konzept ausarbeiten können.

Wie beurteilen Sie die Chancen Ihres Vorschlags in der Kommission?

Den Kommissionsmitgliedern ist bewusst, dass die Ecopop-Debatte nun wichtig ist. Ich bin jedoch realistisch: Selbst wenn sie meinen Vorschlag akzeptieren, wird danach ein Hickhack zwischen den Räten beginnen. Und am Schluss wird das Parlament ohne Alternative zur Initiative dastehen. Dann muss es sich aber nicht beklagen, wenn das Volk das Begehren annimmt.

Städte wollen bei Umsetzung mitreden

Die Städte wollen bei der Umsetzung der Zuwanderungsinitiative mitreden: Zehn Stadtpräsidenten haben den Bundesrat in einem offenen Brief aufgefordert, die Städte von Anfang an miteinzubeziehen. Die Präsidenten nehmen das Ja zur Initiative «mit grosser Besorgnis» zur Kenntnis, wie es im Brief heisst. Sie weisen darauf, dass die Initiative in den Städten mit 55,7 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt worden sei. «Selbstverständlich respektieren wir den Volkentscheid», schreiben die Stadtpräsidenten. Die Interessen der Städte müssten bei der Umsetzung jedoch beachtet werden. Die Städte bräuchten auch in Zukunft einen funktionierenden Zugang zu europäischen und ausländischen Arbeitskräften und Märkten sowie den internationalen Austausch. Die Städte hätten sich stets zu einer weltoffenen, solidarischen und kulturell vielfältigen Schweiz bekannt, zu einer Schweiz, die sich als Teil der internationalen Gemeinschaft verstehe und von dieser als zuverlässige und berechenbare Partnerin wahrgenommen wird, heisst es weiter. «Wir erwarten vom Bundesrat, dass an diesen Prinzipien festgehalten wird.» Unterschrieben wurde der Brief von den Stadtpräsidenten und Stadtpräsidentinnen von Zürich, Bern, Basel, Lausanne, Genf, Biel, Winterthur, Luzern, St. Gallen und Solothurn. (SDA)

Nachrichten

Zuwanderungsinitiative UNO-Experten äussern Bedauern über Abstimmung

UNO-Rassismus-Experten haben am Freitag Bedauern über das Schweizer Ja zur SVP-Initiative und deren schädliche Folgen geäussert. Einige von ihnen zeigten aber auch ein gewisses Verständnis für den Entscheid des Schweizervolks. Die Experten äusserten sich am Rande der Präsentation des Staatenberichts des UNO-Komitees zur Beseitigung von Rassismus. Es war das erste Mal seit dem Urnengang, dass sich die Schweiz vor einem UNO-Menschenrechtsorgan präsentieren musste. Man wolle nicht eine moralisierende Haltung einnehmen, könne aber das Bedauern über das Resultat trotzdem zum Ausdruck bringen, erklärte der Belgier Marc Bossuyt, einer der 18 Experten des Komitees. (SDA)

Medien

Radio RTS täuschte Publikum mit Chemiewaffen-Bericht

Das Westschweizer Radio RTS hat das Publikum im April 2013 mit der Behauptung getäuscht, das syrische Regime habe chemische Waffen eingesetzt. Laut der Unabhängigen Beschwerdeinstanz lagen für diesen Bericht damals keine genügenden Belege vor. Eine knappe Mehrheit von 5 zu 4 Stimmen ist zum Schluss gekommen, dass sich das Publikum in der zentralen Frage der Anwendung von Chemiewaffen nicht frei eine eigene Meinung bilden konnte, sondern getäuscht wurde. Dies stelle eine Verletzung des rundfunkrechtlichen Sachgerechtigkeitsgebots dar. Medienschaffende müssen auch dann sachgerecht berichten, wenn es allen Anlass gibt, sich über ein Regime zu empören. In der Sendung stellte der Moderator dreimal fest, das syrische Regime habe im Kampf gegen die Aufständischen chemische Waffen eingesetzt. Die Feststellungen folgten vor einem Interview mit dem französischen Syrienspezialisten Jean-Pierre Filiu. (SDA)

Migration

Asylunterkunft in Alpnach wieder geschlossen

Nach sechs Monaten ist am Freitag wie vorgesehen die Asylunterkunft des Bundes in Alpnach OW geschlossen worden. Der Betrieb des Asylzentrums sei weitgehend problemlos verlaufen, teilte das Bundesamt für Migration mit. Die Bundesunterkunft war Mitte August 2013 eröffnet worden. Sie bot Platz für maximal 100 Personen. Im Durchschnitt sei die Anlage zu 75 Prozent belegt gewesen, heisst es in der Mitteilung. Die grosse Mehrheit der untergebrachten Asylbewerber befand sich in einem Dublinverfahren und wartete auf die Überstellung in einen anderen Dublinstaat. Die Betroffenen hielten sich durchschnittlich sechs Wochen in Alpnach auf. (SDA)

SVP will Gremien der Erziehungsdirektoren abschaffen

Nach ihrer Kritik an Lehrplan 21 greift die SVP die Erziehungsdirektoren frontal an. Das bringt ihre eigenen Regierungsräte in die Bredouille.

Von Anja Burri, Bern

Die SVP ist in Fahrt. Nach dem Abstimmungssieg zur Masseneinwanderungsinitiative will sie nun bei der Volksschule durchgreifen. Sie fordert nicht nur einen Abbruch der «Übung Lehrplan 21», sondern auch die Auflösung des verantwortlichen politischen Organs, der Deutschschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz (D-EDK). Der Lehrplan sei ein 550 Seiten dickes «Monstrum», vor dem man die Schule schützen müsse, sagte SVP-Nationalrat Peter Keller gestern vor den Medien. Die vorgegebenen Kompe-

tenzen stifteten bloss Verwirrung. Zudem ist die SVP mit zahlreichen Inhalten des Lehrplans - etwa zu den Themen Gender oder Konsum - nicht einverstanden. Den Fremdsprachenunterricht will sie aus der Primarschule verbannen.

D-EDK auflösen

Um die «ausufernde Bildungsbürokratie» zu stoppen, möchte die SVP die politischen Organe auflösen oder zurechtstutzen. Ohne Lehrplan brauche es die D-EDK, den Fachbeirat und die verschiedenen Arbeits- und Expertengruppen nicht mehr, sagte SVP-Präsident Toni Brunner. Die gesamtschweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) müsse ihre Ausgaben um mindestens 20 Prozent kürzen.

Da die Hoheit über die Volksschule bei jedem einzelnen Kanton liegt, muss die SVP in den Kantonen, zum Beispiel in den Parlamenten, vorstellig werden.

In verschiedenen Kantonen haben Politiker von links bis rechts bereits Vorstösse eingereicht, die ein Mitspracherecht bei Lehrplan 21 fordern (der TA berichtete). Die SVP selber hat keine klare Strategie, um ihre Forderungen durchzusetzen. «Wir wissen, dass das schwierig ist», sagte Toni Brunner. Man setze stark auf die sieben «eigenen» Erziehungsdirektoren.

Diese kommen dadurch in eine ungemütliche Lage. Der Aargauer SVP-Bildungsdirektor und Vizepräsident der D-EDK, Alex Hürzeler, vermied gestern klare Aussagen. Zuerst brauche es eine vertiefte Analyse der Stellungnahmen zum Lehrplan, liess er mitteilen. Er wolle keinem Entscheid vorgreifen. Zur geforderten Abschaffung der D-EDK äusserte er sich nicht. Der D-EDK-Präsident und Schaffhauser Bildungsdirektor Christian Amsler (FDP) reagierte betont gelassen auf den Angriff. «Es steht jeder

politischen Gruppierung frei, solche Forderungen zu stellen», sagte er. Die D-EDK und ihre Aufgaben seien gesetzlich abgesichert. Die 21 demokratisch gewählten Bildungsdirektoren liessen sich von der SVP nicht davon abbringen, den wichtigen Lehrplan 21 umzusetzen.

An der Medienkonferenz liess die SVP auch durchblicken, wie eine gute Volksschule aus ihrer Sicht künftig sein soll. Für die Lehrer brauche es umfassende Methoden- und Lehrmittelfreiheit. Das Motto laute «Bildungswettbewerb statt Bürokratie». Das Konzept der freien Schulwahl, bei der Eltern zwischen staatlicher und privater Schule wählen können, geniesse in den Reihen der SVP viel Sympathie, sagte Brunner. Mit dem Angriff auf die Volksschule gibt sich die SVP überdies nicht zufrieden. «Wir werden auch die Universitäten zum Thema machen», sagte Brunner. Dort sehe er grosses Spar- und Effizienzpotenzial.